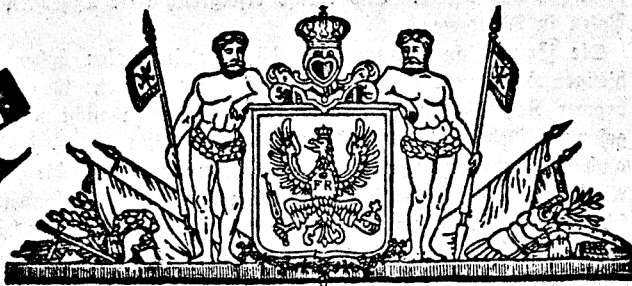


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66 2/3 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Auen d. Handelst.): i. V.: Dr. Edwards, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Krankheit oder Marasmus?

Von

Max Theodor Behrmann,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

Warschau, Mitte Juli.

Zu Zeiten, in denen Buchanan und Esafonow noch nicht Blutsbrüderchaft getrunken hatten, pflegte man im zaristischen Rußland jedes russische Mißgeschick — mochte es sich um ein Hagelwetter oder eine Typhusepidemie, eine Mißernte oder eine Eisenbahnkatastrophe handeln — schlechtweg auf eine „englische Gemeinheit“ zurückzuführen. Der schlaue alte Kattow in Moskau und nach ihm der gerissene alte Suworin in Petersburg wandten Jahre und Jahre hindurch diese überaus bequeme Art eines Abwälzens eigener Schuld auf fremde Schultern an. Und dies nannte man damals dort große Politik.

Die winzigen Kattows und Suworins, die in den Redaktionsstuben Neupolens saßen, haben diese Art übernommen. Jeder von ihnen operiert zweimal täglich mit der „deutschen Gemeinheit“, die angeblich an allem und jedem die Schuld tragen soll, was das politische, wirtschaftliche und soziale Leben des neu erstandenen Landes zu einem so wenig erquicklichen macht. Und dies nennt man heutzutage ebenfalls große Politik.

Mit diesem verblüffend einfachen Verfahren geht man hier jetzt an die Lösung oder doch jedenfalls Erklärung der wirtschaftlichen Katastrophe heran, die Polens Staats- und Volkskörper — genau betrachtet, seit Polens Wiedergeburt — in den Grundfesten erschütterte. Polen geht wirtschaftlich zugrunde, lautet die Formel, weil ein böser Nachbar dies will. In erster Linie natürlich Deutschland, im übrigen aber so ziemlich jeder nichtpolnische Staat auf Erden. Eine Tageszeitung ist gewiß nicht der Ort, um Polens Mißwirtschaft, um das wirtschaftspolitische Unvermögen Polens haarklein oder auch nur in großen Umrissen darzulegen. Aber schon wenige Hinweise allgemeiner Natur mögen hinreichen, um zu zeigen, wo des bösen Uebels eigentlicher Kern liegt.

Als vor Jahr und Tag der neue osteuropäische Sprößling geboren ward, konnte man ihn um seine materielle Verfassung fast beneiden. Während das übrige Europa zerrissen, ausgehungert, überschuldet da stand, sah sich das neue Staatsgebilde völlig frei von jeder auswärtigen oder inneren Staatsschuld, ohne wesentliche valutafische Schmerzen, überdies mit wohlwollenden Vätern hinter sich, deren weitestgehende materielle und moralische Unterstützung ihm unverrückbar sicher war, und mit Nachbarn um sich, die sich kaum in der Lage befanden, ihr eigenes bißchen Existenz aufrechtzuerhalten. Das war der Status von damals — und der von heute? Der blutjunge Staat weist gegenwärtig über 300 Milliarden Polenmark Staatsschulden auf, einen ungedeckten Notenumlauf von reichlich über 120 Milliarden, ein Defizit für 1921 von, optimistisch betrachtet, 100 Milliarden, schuldet überdies an seine staatliche Darlehnskasse rund 150 Milliarden. Selbst nach dem außerordentlich rosig gehaltenen Staatsvoranschlag für 1921 machen die Staatseinnahmen bestenfalls 20 v. H. der Staatsausgaben aus, während, wie ich hier vergleichsweise anführen möchte, die ersteren in England etwa 88 v. H. und selbst im unter den ungeheuerlichen Reparationen ätzenden Deutschland noch immer 33 v. H. der Staatsausgaben betragen. Damit nicht genug, wachsen in Polen die staatlichen Ausgaben unaufhaltsam um mindestens 150 Millionen täglich; was die Staatseinnahmen aber angeht, so beziffern sie sich jährlich auf kaum 1600 Polenmark pro Kopf der Bevölkerung, während selbst im von allen Seiten unterdrückten und zerketteten Deutschland jeder Kopf der Bevölkerung eine staatliche Jahresentnahme (nach dem gegenwärtigen Kurs) von rund 15 000 Polenmark bietet.

Diese polnische staatliche Mißwirtschaft spiegelt sich ganz folgerichtig und methodisch in der europäischen Bewertung der polnischen Valuta wider: im Vorjahre kostete die deutsche Reichsmark 2, der französische Franc 12 Polenmark — heute muß man dafür 27 bzw. 160 Polenmark zahlen. Dies auf polnischen, einigen deutschen und vielleicht noch schweizerischen Börsenplätzen, denn selbst in Frankreich — von England, Holland, Skandinavien und Amerika schon gar nicht zu sprechen — ist die polnische Mark eigentlich nichts Besseres denn ein Nonvaleur, das bestenfalls Liebhaberwert hat. Es ist höchst bezeichnend, daß die französisch-belgische Internationale Schlafwagengesellschaft, die sich in der ganzen Welt, auch in Deutschland, ihre Plätze in der betreffenden Landeswährung bezahlen läßt, in Warschau unter keinen Umständen polnische Mark, sondern lediglich Francs in natura in Zahlung nimmt.

Coweit von der polnischen Staatswirtschaft, deren völliges Versagen auch im Lande selbst von ausnahmslos allen Parteien restlos zugegeben wird. Und wenn man hört, auf welche Weise und durch welche mehr als naive Mittel man hier diesem Zusammenbruch entgegenarbeiten will, muß man zur Ueberzeugung gelangen,

Tagung des Obersten Rates am 4. August.

Frankreichs Einverständnis.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 25. Juli.

Dem „Temps“ zufolge ist der französische Botschafter in London gestern abend angewiesen worden, der englischen Regierung folgende Eröffnungen zu machen: Frankreich ist damit einverstanden, daß der Oberste Rat am 4. August zusammentritt, um sich mit der oberschlesischen Frage zu befassen. Die französische Regierung hält es aber nach wie vor für notwendig, sofort Verstärkungen nach Oberschlesien zu schicken. Sie besteht auch darauf, daß vor der Konferenz Sachverständige zusammentreten, um die Entscheidung vorzubereiten.

Der „Temps“ bemerkt dazu: Es sei nicht ersichtlich, was gegen die Zuziehung von Sachverständigen einzuwenden sei, wenn die Zusammenkunft des Obersten Rates dadurch nicht hinausgezögert werde. Wie England über die Frage der Verstärkungen denkt, wird die Pariser Regierung erst durch den Bericht ihres Londoner Botschafters über die heutige Unterhandlung mit Lord Curzon erfahren.

Der „Temps“ bestätigt, daß die Kommissare Englands und Italiens vorgeschlagen haben, einen Teil von Oberschlesien sofort den Deutschen und Polen zu übergeben und die Befehung durch die Alliierten auf das strittige Gebiet zu beschränken. Der neue Vorschlag unterscheidet sich von den ähnlich lautenden früheren Vorschlägen dadurch, daß außer dem eigentlichen Industriegebiet auch Oppeln vorläufig besetzt bleiben soll. Der „Temps“ bemerkt dazu — unter ausdrücklicher Betonung, daß er nur seine eigene Meinung ausdrückt — für den Vorschlag spreche, daß die Aufgabe der verbündeten Truppen auf diese Weise erleichtert würde. Aber zweierlei Bedenken beständen gegen seine Annahme: erstens würden die Deutschen dadurch in den Besitz strategisch wichtiger Punkte wie Leobschütz und Rosenberg gelangen, was für den Fall einer deutschen Erhebung bedenklich wäre, und zweitens könnte die sofortige Uebergabe von Pleß und Rybnit an Polen die endgültige Entscheidung zum Schaden der Polen beeinflussen, da (so betont der „Temps“) das übrig bleibende Industriegebiet eine starke deutsche Bevölkerung hat. Es würde so der Anschein erweckt werden, als sei das ganze oberschlesische Industriegebiet überwiegend deutsch. Der Temps rechnet aber damit, daß „Garantien“ zur Zerstreung seiner Bedenken geschaffen werden könnten.

Das „Journal des Débats“ gibt zu, daß die Stellungnahme der deutschen Regierung zur Frage des Transports der französischen Division juristisch nach dem Versailler Vertrage einwand-

frei ist. Das Blatt sieht aber trotzdem eine Schikane gegen Frankreich darin, betont dabei allerdings, daß England die Hauptverantwortung für sie trage.

Oberschlesien im Unterhause.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

iv London, 25. Juli.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Mills wurde heute nachmittag regierungsseitig im Unterhause mitgeteilt, daß die Stärke der britischen Truppen in Oberschlesien zurzeit 4400 Mann betrage. Die Zahl der französischen Soldaten sei höher, die der Italiener geringer. Der Abgeordnete Wedgewood Benn wünschte zu wissen, ob irgendeine der alliierten Mächte das Recht hätte, ihre eigenen Streitkräfte zu verstärken, ohne die übrigen Mächte zu befragen. Harmsworth hat, die Anfrage schriftlich zu formulieren. Auf eine weitere Anfrage teilte Lloyd George mit, daß er hoffe, am Donnerstag Auskunft über die gegenwärtige Lage in Oberschlesien erteilen zu können. Wedgewood Benn fragte, ob Lloyd George bekannt sei, daß alle Parteien des Hauses energisch gegen die Aktion der Franzosen in Oberschlesien protestierten. Eine direkte Antwort auf diese Anfrage wurde nicht erteilt.

Lloyd George hat, wie der „Standard“ mitteilt, beschlossen, seine Ferien nicht in der Schweiz zuzubringen, sondern in England zu bleiben. Wenn die Nachricht sich bestätigt, dürfte bei Lloyd George zweifellos der Wunsch maßgebend sein, sich trotz der Erholungspause zur Verfügung zu halten, falls eine Konferenz des Obersten Rates doch noch ermöglicht werden sollte.

„Westminster Gazette“ belämpft heute nochmals die französischen Verschleppungsversuche in der oberschlesischen Frage. Das Blatt sagt, die Alliierten hätten genug Truppen in Oberschlesien, um jeder Aufrührergefahr begegnen zu können, wenn sie zusammenhielten und unparteiisch aufträten. Die Schwierigkeit sei nur, daß dieser Zusammenhalt nicht existiere und daß die Bevölkerung nicht den Eindruck habe, daß die Okkupationstruppen unparteiisch aufträten.

„Ball Mall Gazette“ sagt, daß das französische Militär das Prestige des Obersten Rates den Erfolgen der polnischen Freibeuter untergeordnet habe. Die Aussichten auf eine weitere gemeinsame Politik der Alliierten in der Zukunft seien nicht vielversprechend.

Die aus Paris in London verbreitete Nachricht, die britische Regierung habe der Entsendung weiterer französischer Truppen nach Oberschlesien zugestimmt, wird, wie unser Londoner Korrespondent drahtet, dort von unterrichteter Stelle dementiert.

daß die Zukunft kaum besser als die Gegenwart sich gestalten dürfte. Der derzeitige polnische Finanzminister, Herr Steczkowski, ein gewiß kenntnisreicher und geschickter Staatswirtschaftler, kommt über theoretisch ganz hübsche Wünsche nicht hinaus: Aufhören der Valutaschwankungen durch Zuteilung Oberschlesiens an Polen (die noch sehr ungewiß ist); keine weitere Vermehrung der Staatsschuld an die Darlehenskasse (durch gleichzeitige Entrierung einer sehr großen neuen Schuld); Erhöhung der Steuereingänge (durch Maueranschläge und Vereinsbeschlüsse); Verminderung der Staatsausgaben (durch gleichzeitige Gewährung aller Forderungen energischer Ressorts); Wiederbelebung der Ausfuhr (die, wie wir später sehen werden, schier unmöglich ist); ausländische Kreditoperationen (die bei aller Anstrengung bisher nur ein frommer Wunsch geblieben sind). Dazwischen erschöpft sich das Rettungsprogramm des Herrn Steczkowski, wie er es vor dem Sejm, im Gespräch mit Pressevertretern dargelegt hat.

Ebenso wenig versprechen die bekannt gewordenen Heilmethoden der polnischen Fachorganisationen oder gar der polnischen Tagespresse. Selbst die galizische Finanz- und Handelswelt, die neulich in der Lemberger Handelskammer über die Möglichkeit einer Abwendung der in Riesenschritten herannahenden Katastrophe beratschlagte, konnte anstatt durchführbarer praktischer Heilmittel nur hübsch klingende theoretische Selbstverständlichkeiten angeben: Auslandskredite, forcierte Ausfuhr, Abstemplung der Polenmark. Die Presse vollends kennt — wie auch in der inneren oder auswärtigen Politik — lediglich den alleinigmachenden Schutzmännchen oder Ochranspizhel als Hilfs- und Vorbeugungsmittel, bestenfalls einen Ausverkauf Polens an das „verbündete“ Ausland: die nationalistische „Rzeczpospolita“ rät dringend zur Schaffung einer Aktienbank mit französischem Kapital und Einführung einer französischen Frankenvalluta; der nicht nur fraktionell, sondern auch in seiner Ausdrucksweise etwas stark radikalisierte „Przeład Wiegorny“ empfiehlt nicht minder dringend kurz und bündig Ruote und

Kriegsgericht unter summarischem Hinweis, daß reichlich 90 v. H. der Warschauer Börsenkulisse „mittelbar oder unmittelbar in Diensten der Moskauer Bolschewisten“ stünden.

Der Grund des Uebels liegt natürlich ganz wo anders und viel tiefer. Zwei überaus ernste Krankheitsherde sind es, die den polnischen Staats- und Volkskörper zunächst wirtschaftlich und somit auch allgemein bedrohen: die Außenpolitik Polens und Polens Wirtschaft. Solange diese beiden Krankheitsherde bestehen, wird auch Polens Lebensgefährliche Rat bestehen.

Vor Wochenfrist war ich Zeuge eines sehr bezeichnenden Wortgeplänkels im polnischen Sejm. „Unsere Außenpolitik findet kein Vertrauen im ganzen Auslande!“ rief der Wortführer der rechten Nationalisten, Herr Radziszewski. Darauf der Führer der Sozialisten, Dr. Diamant: „Ich bin gewiß selten auf Radziszewskis Seite, aber diesmal muß ich ihm recht geben.“ Rechts und links hatte man sich in einer Ansicht begegnet, von der man in Polens Interesse nur wünschen möchte, daß auch die gegenwärtig regierende Mitte sich zu ihr bekennt. Polen hat kein Vertrauen im Auslande — das ist des Uebels Kern, darin liegt vor allem und in erster Linie die Erklärung für die wirtschaftlichen Nöte Polens. Nicht Danziger Spekulanten, nicht oberschlesische „Heimatstreue“, nicht hämische deutsche Pressevertreter in Warschau, nicht heimtückische Briten und angeblich noch immer zu deutschfreundliche Franzosen haben die polnische Mark auf einen winzigen Bruchteil ihres ehemaligen Wertes heruntergebracht, die polnische Staatsbilanz zu einem Herrbild eines staatlichen Haushaltsvoranschlags gestaltet, einen geordneten polnischen Handel, eine normale polnische Industrie schier unmöglich gemacht — die Polen selbst haben dies bewußt und methodisch herbeigeführt, indem sie zunächst durch ihr politisches Tun und Lassen ihr eigenes Ansehen in der ganzen Welt untergraben haben. Ich will darauf hier nicht weiter eingehen. Ich habe an dieser Stelle oft genug an der Hand von Tatsachen den Polen ein ernstes und wirklich nicht übelwollendes Caveant zu